

„Wir sind klinisch rein“

INTERVIEW: Gunter Thielen, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann-Stiftung

Die Bertelsmann-Stiftung steht unter Druck. Ihre Gemeinnützigkeit wird zunehmend in Frage gestellt. Zudem wird ihr eine zu große Nähe zur Politik und dem Bertelsmann-Konzern vorgeworfen. In einer Expertise, die diese Zeitung in Auszügen vorgestellt hat, kommen drei Juristen zu dem Fazit, dass der Bertelsmann-Stiftung die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden müsste, weil sie zu sehr mit der Bertelsmann AG verknüpft sei und Politikberatung betreibt. Darüber sprachen Stefan Brams und Bernhard Hänel mit Gunter Thielen, dem Vorsitzenden der Bertelsmann-Stiftung.

Herr Thielen, was sagen Sie zu dem Vorwurf, nicht gemeinnützig zu sein?

GUNTER THIELEN: Das ist kein Urteil von Fachleuten. Es ist ein Papier, das auf einer Internetplattform veröffentlicht wurde, die den Namen einer Zeitung trägt, die von Karl Marx gegründet wurde und bei der Friedrich Engels als Redakteur gearbeitet hat. Eine der Autorinnen, eine Jurastudentin, wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Arbeit an Bertelsmann-kritischen Tagungen finanziert. Dieses Papier ist in allen Punkten falsch und interessengeleitet! Aber das ist egal. Wichtiger ist, dass die Bertelsmann-Stiftung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt. Dafür hat der Stifter Reinhard Mohn die Stiftung gegründet und einen großen Teil seines Vermögens übergeben.

Nun schwindet aber zum Beispiel bei den Gewerkschaften die gesellschaftliche Akzeptanz Ihres gutgemeinten Tuns. Wie erklären Sie sich das?

THIELEN: Wir haben mit den Gewerkschaften jahrzehntlang gut zusammengearbeitet. Mit den oberen Etagen tun wir das auch heute noch, auf Arbeitsebene sind wir täglich mit Gewerkschaftern im Gespräch. Aus dem konstruierten Vorwurf, dass die Bertelsmann AG von den Vorschlägen der Stiftung zum kommunalen Bereich profitiere, leitet Verdi ab, dass so Arbeitsplätze vernichtet würden. Damit kann Verdi natürlich nicht einverstanden sein und nimmt uns ins Visier.

Aber es stimmt doch, Arvato über-



Klarer Blick: Gunter Thielen führt die Bertelsmann-Stiftung seit Januar 2008. Nicht erst seitdem wird die operative Stiftung, die einen Etat von 70 Millionen Euro hat, zunehmend kritisiert. FOTO: RAIMUND VORNBÄUMEN

nimmt kommunale Aufgaben in England und auch in Deutschland, die Stiftung forscht zur Kommunalreform. Ein Zufall?

THIELEN: Bertelsmann sucht immer neue Geschäftsfelder. Und die Arvato AG hat entdeckt, dass sich mit der Auslagerung kommunaler Aufgaben Geschäfte aufbauen lassen. Warum soll Arvato diesen großen Markt nicht bearbeiten? Die Stiftung vertritt einen ganz anderen Standpunkt. Wir schlagen kein Outsourcing vor, um Kommu-

nen effizienter zu machen, sondern beispielsweise die Bündelung der Aufgaben mehrerer Kommunen an einer Stelle.

Dennoch wird aber die Stiftung als Vorfeldorganisation der AG wahrgenommen. 2002 sind Sie nach heftiger Kritik als Stiftung aus dem Mediensektor ausgestiegen, weil Verquickungen mit der AG drohten. Kein Vorbild für heute?

THIELEN: Dass wir damals den Medienbereich aufgegeben ha-

ben, war richtig. Aber ich sehe nicht, dass wir heute solche Interessenskonflikte mit unseren und den Themen der AG haben. Sonst müssten wir die Bereiche Kommunen und Bildung und damit gesellschaftlich wichtige Themen wie demographischer Wandel oder Integration und Bildung aufgeben. Das sind 60 Prozent unserer aktuellen Tätigkeit. Das geht nicht. Und ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass die AG nicht einen Euro durch die Stiftung und deren Projekte verdient hat.

Auch an der Basis der Lehrergewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) rumort es gewaltig gegen die Stiftung. Unterschätzen Sie nicht das Bürgerengagement gegen Ihre Stiftung?

THIELEN: Wir sind mit allen Ebenen der GEW im Gespräch, aber wir können nicht jedes einzelne Mitglied überzeugen. Einige sind ideologisch festgelegt und behaupten etwa, die Bertelsmann-Stiftung sei nicht gemeinnützig. Ich versichere Ihnen,

dass es keine Stiftung in Deutschland gibt, die genauer darauf achten kann, dass sie nicht gegen das Gemeinnützigkeitsrecht verstößt, als wir. Bevor wir ein Projekt starten, wird die Themenstellung auf diesen Aspekt durchleuchtet. Zudem werden wir von der Stiftungsaufsicht und den Finanzbehörden überprüft. Da sind wir klinisch rein.

Ihre Kritiker bezweifeln doch gar nicht Ihr Finanzgebaren, sondern zweifeln Ihre Gemeinnützigkeit an, weil Sie so eng mit dem Konzern verquickt seien und Politikberatung betrieben.

THIELEN: Wir machen kein Politikconsulting. Wir machen lediglich Vorschläge, was und wie man Dinge besser machen könnte in der Gesellschaft.

Lässt sich das denn trennen?

THIELEN: Ganz sauber. Die Dinge sind klar: Wir nehmen keine Arbeitsaufträge von Politikern an. Sie werden kein einziges Projekt bei uns finden, das auch nur im Ansatz so zustande gekommen ist. Unsere Projektergebnisse stellen wir grundsätzlich jedermann zur Verfügung – und zwar zeitgleich.

Sie weisen also den Vorwurf, parteiähnlich zu arbeiten, zurück?

THIELEN: Mit Entschiedenheit. Ob Konrad-Adenauer- oder Heinrich-Böll-Stiftung – die sind doch viel näher an den Parteien als wir. Die sind aber alle gemeinnützig, denn gemeinnützige Politikberatung ist nicht verboten. Wenn uns jemand nachweisen kann, dass wir uns nicht nach Recht und Gesetz verhalten, würden wir das ändern.

Gibt es für Sie einen Punkt, an dem Sie die Vorwürfe Ihrer Kriti-

ker ernst nehmen?

THIELEN: Wir nehmen Kritik grundsätzlich ernst und setzen uns mit ihr auseinander. Aber wir wollen Veränderungen anstoßen, da muss man mit Kritik leben.

Die Stifterfamilie ist eng mit Konzern und Stiftung verbunden. Wird sich da etwas ändern?

THIELEN: Sowohl der Bertelsmann-Konzern als auch die Bertelsmann-Stiftung sind sozusagen Kinder Reinhard Mohns. Es ist das gute Recht der Stifterfamilie, in beiden Bereichen tätig zu sein.

Kritiker werfen der Stiftung vor, dass Liz Mohn dem Vorstand der Stiftung ebenso angehört wie dem Kuratorium, das den Vorstand kontrollieren soll. Wie stehen Sie zu dieser Doppelfunktion?

THIELEN: Die Doppelfunktion ergibt sich daraus, dass die Stifterfamilie zu Recht Einfluss auf die Wahl des Vorstandes haben will. Und es ist der Personalausschuss des Kuratoriums, der den Vorstand bestimmt. Daher die Mitgliedschaft von Liz Mohn in beiden Führungsgremien, die das Stiftungsrecht zulässt.

Die Stiftung muss sparen. Statt 80 stehen noch 70 Millionen Euro zur Verfügung. Was bedeutet das für Ihre Arbeit?

THIELEN: Das stimmt, aber wir sind auch mit den 70 Millionen Euro gut ausgestattet. Um zu sparen, haben wir Sachkosten gesenkt und einen qualifizierten Einstellungsstopp vorgenommen. Entlassungen hat es nicht gegeben. Aber auch ich weiß nicht, wie die Wirtschaftskrise unser Land und damit auch unsere Arbeit weiter verändern wird.

EXTRA 3

Zitat des Tages

»Die Besteller aus Russland bekommen offenbar die Gelder nicht mehr zusammen. Anscheinend ist es so, dass Milliardäre plötzlich nur noch Millionäre sind.«

Wolfgang Mädel, Kieler IG-Metall-Chef, angesichts drohender Auftragsverluste bei der Werft HDW

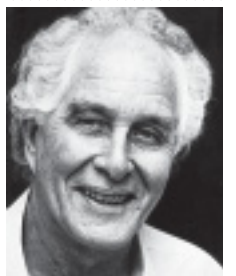
Zahl des Tages

11

Prozent

der Deutschen lästern mindestens einmal täglich über Nachbarn oder Kollegen, ergab eine Umfrage für das Magazin Reader's Digest.

Kopf des Tages



Ronald Biggs

Der schwer erkrankte britische Postzugräber soll noch vor seinem 80. Geburtstag im September aus dem Gefängnis freikommen, berichten britische Medien.

Versammlung der Mitarbeiter

■ Heute debattiert die Bertelsmann-Stiftung auf einer Versammlung mit ihren 320 Mitarbeitern. Denn nicht nur die Kritiker von außen haben zahlreiche Fragen an den Vorstand, sondern auch die Mitarbeiter selbst.

In einem sechsseitigen Papier listet der Personalrat 62 Fragen an den Vorstand auf.

Formuliert wird dort zum Beispiel: „Die Stiftung muss sich wandeln. Vom Showroom für die Reichen und Mächtigen zurück zu den Wurzeln – zu einer Besinnung auf die Prinzipien und Werte ihres Stifters Reinhard Mohn. Zu seiner Zeit gab es niemanden, der uns die Gemeinnützigkeit hätte aberkennen wollen.“

Hauskrach in der Liebesee

CDU-Fraktionschef Helmut Stahl geht in Düsseldorf auf FDP-Innenminister Ingo Wolf los

Die Niederlage vor dem Verfassungsgericht hat die CDU/FDP-Koalition in NRW in ihre schwerste Krise gestürzt. Die CDU macht FDP-Innenminister Wolf für das Scheitern verantwortlich.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN PETER JANSEN

■ **Düsseldorf.** Die Düsseldorf Koalitionsparteien CDU und FDP haben sich seit ihrem Amtsantritt vor knapp vier Jahren wie zwei Frischverheiratete in einer Liebesee aufgeführt. Wohltuend wollten sie sich abheben von den Reibereien im rot-grünen Vorgängerbündnis und den ewigen Scharmützeln in der Großen Koalition im Bund.

Doch mit dem Scheitern vor dem Verfassungsgericht in Sachen Kommunalwahl ist auch die Liebe erkaltet. In nie dagewesener Offenheit knöpfte sich CDU-Fraktionschef Helmut Stahl den ohnehin nicht sonderlich beliebten Innenminister Ingo Wolf von der FDP vor und machte den hölzernen Liberalen für die Niederlage in Münster verantwortlich.

Wolf, der sich bei der mündlichen Verhandlung durch seinen Staatssekretär Karl-Peter Brendel vertreten ließ, hätte persönlich erscheinen müssen, wettete Stahl. Und er fühle sich durch den Innenminister auch nicht ausreichend informiert über die verfassungsrechtlichen Risiken des frühen Wahltermins. Er habe die Verantwortung dahin verlegt, „wo sie hingehört“, sagte Stahl auf die Frage, ob er den Rücktritt des Innenministers fordere. Verneint hat er die Frage jedenfalls nicht.

Der angegriffene Minister ist sich keiner Schuld bewusst und

meilenweit davon entfernt, seinen Stuhl zu räumen. „Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen uns nicht weiter“, sagte Wolf. Über seinen Verbleib im Amt gebe es „überhaupt keine Debatte“. Unterstützung erhielt er von FDP-Fraktionschef Gerhard Papke und Generalsekretär Christian Lindner, die ihm exzellente Arbeit bescheinigten.

Doch der Ärger der CDU über den Liberalen im Innenministerium ist damit nicht ausgeräumt. Der Stachel sitzt tief, dass die Landesregierung bislang nahezu jedes Verfahren vor dem Verfassungsgericht verloren

hat, und viermal lagen Streitfragen im Zuständigkeitsbereich des Innenministers. Am schwersten wiegt die Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht, das die von Wolf erlaubte Durchsicht von Computern als verfassungswidrig brandmarkte.

Ernsthafte Sorgen um seinen Sitz im Kabinett muss sich Wolf allerdings nicht machen, auch wenn Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) alles andere als begeistert ist über die Leistungen des liberalen Duos Wolf/Brendel und die Kritik Stahls am Fernbleiben Wolfs in Münster voll teilt. Wenn auch die Prozessführung durch das Innenministerium alles andere als optimal war, an der Entscheidung, am 7. Juni in den Kommunen zu wählen, war die gesamte Koalition beteiligt, nicht nur Wolf.

Gegen den jetzt gewählten Kommunalwahltermin 30. August erhebt die Opposition bereits neue verfassungsrechtliche Bedenken und verweist auf ein Gutachten des Kölner Verwaltungsrechtlers Frank Bätge. Danach ist es aus Rechtsgründen geboten, Kosten zu sparen und eine hohe Wahlbeteiligung anzustreben – ein klares Votum für den 27. September, wenn auch der Bundestag gewählt wird.



Kein Näschen für Verfassungsfragen: NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) kassierte erneut eine höchstrichterliche Ohrfeige. FOTO: DPA



Das Sparkassen FairZins-Konto. Da kannst du dein Geld echt fett fairzinsen!

www.fairzins-konto.de



Krisensichere Anlagen, für die es trotzdem faire Zinsen gibt? Die bekommen Sie auch in stürmischen Zeiten bei Ihrer Sparkasse. Fett was oben drauf inklusive einer fairen Beratung gibt's bei Ihrem Sparkassen Finanzberater – erste Informationen unter www.fairzins-konto.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**